

Junge wählen anders!

Ein Rückblick auf die Europa- und Bundestagswahlen 2009

Münster. Das Jahr 2009 war für Deutschland ein Superwahljahr. Am 7. Juni wurde das Europaparlament und am 27. September ein neuer Bundestag gewählt. Daneben gab es eine größere Anzahl von Kommunalwahlen (z. B. Nordrhein-Westfalen) und Landtagswahlen in einzelnen Bundesländern (Brandenburg, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen). Die Ergebnisse und Trends sind vielfältig analysiert und die Ergebnisse allseits bekannt: Zum Beispiel wechselten häufig die Mehrheitsverhältnisse und damit die Regierungskoalitionen.

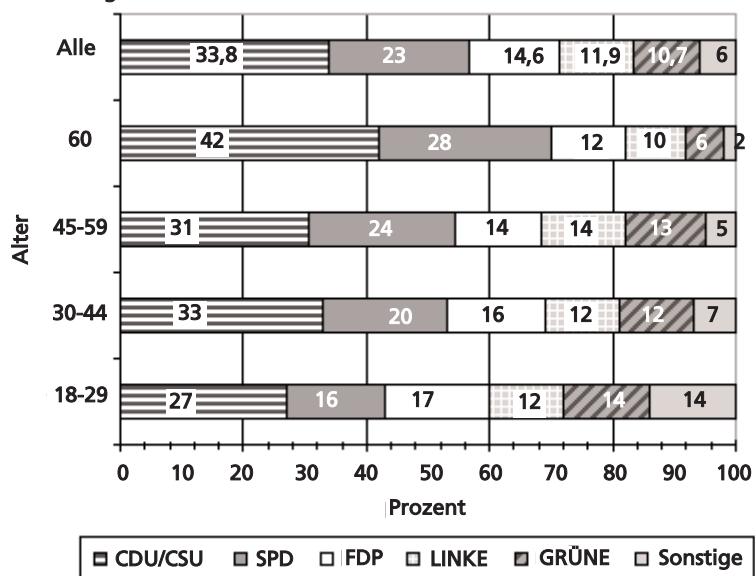
Unter dem Aspekt der politischen Bildung sind die Wahlergebnisse – nach verschiedenen Altersgruppen analysiert – von besonderem Interesse. In dieser Betrachtungsperspektive deuten sich einige langfristige Entwicklungstendenzen an, die für die pädagogische Arbeit von Bedeutung sind. Aus den offiziellen Gesamtauszahlungen der Abstimmungen kann das Wahlverhalten in Abhängigkeit vom Lebensalter nicht direkt entnommen werden, weil die Wählerinnen und Wähler an den Urnen nicht ihr Lebensalter angeben. Deshalb sind wir in dieser Hinsicht auf Stichprobenauswertungen angewiesen. Seit Oktober liegt für die Europawahl bereits die repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters vor; für die Bundestagswahl

muss man noch auf Umfrageergebnisse von Meinungsforschungsinstituten zurückgreifen, weil die Repräsentative Wahlstatistik hierzu erst im Dezember veröffentlicht werden wird.

Es ist üblich geworden, über die geringe Wahlbeteiligung der Jung- und Erstwähler/innen zu klagen. Bei den Europawahlen hat sich diese Bewertung wiederum generell bestätigt: Während von den 60-70jährigen 54 % ihre Stimme abgegeben haben, gingen nur 35,2 % der 18-21jährigen zur Wahl. Hier liegt ein Problem. Aber in der Analyse sollte auch berücksichtigt werden, dass die Altersgruppen zwischen 21 und 35 Jahren zu einem noch geringeren Anteil als die Erstwähler/innen zu den Urnen gegangen sind (21-25 = 30,1%; 25-30 = 30,7%; 30-35 = 34,7 %). Dieses Muster der Wahlbeteiligung konnte schon langfristig beobachtet werden.

Aus der historischen Wahlforschung weiß man auch, dass die Parteipräferenzen deutlich von generationenspezifischen Erfahrungen und Interessen mitbestimmt sind. Dieser Befund hat sich in diesem Jahr wieder bestätigt. Bei den Europawahlen erzielte die CDU/CSU ihr bestes Ergebnis in der Altersgruppe der über 60jährigen (47,8 % in Relation zu 37,9 % bei allen Wähler/innen). Auch die SPD erreichte die relativ höch-

Bundestagswahl 2009



Forschungsgruppe Wahlen v. 28.9.2009

te Zustimmung von allerdings nur 23% bei den älteren Bürger/innen. Die kleineren Parteien waren demgegenüber in anderen Altersgruppen am erfolgreichsten: die GRÜNEN bei den 35-45jährigen mit 18,4 %; die LINKE bei den 45-60jährigen mit 9,2 % und die FDP bei den 25-35jährigen mit 14,6 %. Ganz bemerkenswert ist aber zudem, dass die noch kleineren Parteien und politischen Splittergruppierungen bei den 18-25jährigen mit 16,2 % (alle: 7,9 %) am erfolgreichsten waren. Die Abkehr von den traditionellen Parteien und besonders den beiden großen Volksparteien ist bei den jüngeren Wähler/innen sehr stark ausgeprägt. Dies ist ein Signal dafür, dass sich die herkömmliche Parteienstruktur der Bundesrepublik in Zukunft noch mehr verändern wird, als dies bisher schon der Fall ist.

Diese Abkehr von den Volksparteien verstärkte sich bei den Bundtagswahlen – wie die Graphik zeigt – noch mehr. Während die über 60jährigen Wählerinnen noch zu 70 % der CDU/CSU und der SPD ihre Stimme gaben, taten dies von den 18-29jährigen nur 43 %. Die allgemein zu beobachtende Abwendung von den beiden großen Parteien fällt bei der jüngeren Generation noch stärker aus. Ganz krass ist diese Entwicklung bei der SPD: Hatten ihr 1972 noch über 50 % aller Wählerinnen unter 30 Jahren die Stimme gegeben, waren dies 2009 nur noch 16 %.

Das Wahlverhalten ist selbstverständlich von erheblich mehr sozialen Faktoren als allein dem Lebensalter beeinflusst. Geschlechtszugehörigkeit und der Wohnort in Ost- oder Westdeutschland spielen zum Beispiel auch eine Rolle. Aber deren Einfluss ist nicht so groß wie der Bildungsgrad und das Ausmaß der Integration in das Erwerbsleben. So erzielte die LINKE bei den Arbeitslosen mit 31 % den höchsten Stimmenanteil von allen Parteien. Während bei den Bürger/innen mit Hochschulabschluss die GRÜNEN an besten abschnitten (18 %); die CDU/CSU erzielte allerdings bei der Wählergruppe mit Hauptschulabschluss mit 37 % ihr bestes Ergebnis im Vergleich zu den Wähler/innen mit anderen Bildungsabschlüssen. – Es liegt auf der Hand, dass die politische Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus diesen Resultaten Schlüsse ziehen muss.

vO

Interview mit Theo W. Länge (bap):

„Der Deutsche Qualifikationsrahmen muss zu einem Raster für alle Lernereich werden.“

Berlin. Die Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) tritt in die nächste Phase. Nachdem der Arbeitskreis DQR, ein Expertengremium aus Politik, Bildung und Sozialpartnern, Ende Februar 2009 einen ersten Entwurf vorgelegt hat, läuft jetzt die Erprobung in der Praxis. Theo W. Länge, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Politische Bildung (bap) äußert sich im folgenden Interview, das POLIS in Auszügen wiedergibt, zur Einordnung des non-formalen und informellen Lernens und zur Bedeutung des DQR für die Politische Bildung. Im bap haben sich rund 30 bun desweiterarbeitende Trägerverbände der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen.

Welche Bedeutung messen Sie dem deutschen Qualifikationsrahmen insgesamt bei?

Bildung entscheidet heute mehr denn je über Inklusion und Exklusion. Wer keinen Abschluss hat, läuft Gefahr, ausgegrenzt zu werden – sozial wie beruflich. Der DQR, verstanden als Übersetzungsinstrument, das Wert und Bedeutung von Qualifikationen vergleichbar macht, wird also weitreichende Konsequenzen haben – für jeden von uns. Allerdings ist die Ausrichtung derzeit sehr stark nachweisorientiert, d. h. die Tendenz geht dahin, Abschlüsse den einzelnen Niveaustufen zuzuordnen. Einfach ausgedrückt heißt das: Wer einen Hauptschulabschluss hat, steht auf Niveaustufe 1, derjenige mit dem Professorentitel auf Niveaustufe 8. Wenn man bedenkt, dass sehr viele Menschen auf dem Arbeitsmarkt ohne Hauptschulabschluss sind, ist das mehr als bedenklich. Der DQR ist ein nationaler Referenzrahmen. Er darf nicht zum Raster werden, durch das Teile unserer Gesellschaft fallen.

Wieso ist die Berücksichtigung des non-formalen Lernens so wichtig?

Vieles, was wir uns im Laufe unseres Lebens aneignen, hat mit formalem Lernen nichts zu tun, muss sich aber in un-

serer Bildungsbiographie abbilden lassen. Zudem geht es darum, bei der Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit ein besonderes Augenmerk auch auf die Förderung benachteiligter Menschen zu legen. Und gerade für diese Gruppe bietet nicht nur die Politische Bildung eine Fülle von Angeboten im non-formalen Bereich. Das reicht von Bildungsprojekten mit benachteiligten Migrantinnen und Migranten bis hin zu Theaterprojekten mit Jugendlichen ohne Schulabschluss. Darüber hinaus erfüllt die Politische Bildung einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag, indem sie zu Partizipation und Mitbestimmung ermutigt, der Grundlage für demokratische Entwicklung. All diese Leistungen müssen anerkannt werden.

Wie wollen Sie vorgehen?

Zunächst ist festzustellen, dass wir ja nicht bei Null anfangen. Bereits heute erhalten Teilnehmende Zertifikate, in denen die Lerninhalte beschrieben werden. Es gibt also durchaus Schnittstellen bei der Beschreibung von Lernergebnissen. Betrachtet man beispielsweise ein Theaterprojekt. Hier wird in der Auseinandersetzung mit einem bestimmten Thema Wissen, z.B. über historische Zusammenhänge, vermittelt. Durch die Arbeit in der Gruppe wird die Sozialkompetenz gestärkt und nicht zuletzt die Selbstkompetenz gefördert, indem sich Teilnehmende auf der Bühne präsentieren, artikulieren und argumentieren müssen. Ich sehe also keinen Grund, warum wir die aktive Auseinandersetzung mit dem DQR scheuen sollten. Im Gegenteil, die Erprobungsphase wird sicherlich noch die eine oder andere Änderung bringen.

Was kann der bap zur weiteren Entwicklung beitragen?

In der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen im bap arbeiten wir derzeit daran, den Kompetenzbegriff aus Sicht der Politischen Bildung zu bestimmen, mit spezifischen Inhalten zu füllen und somit unsere Angebote beschreibbar und auch vergleichbar zu machen. Weiterhin führt der bap aktuell eine Studie zur Gewinnung und Nutzbarmachung von empirischen Erkenntnissen für die politische Bildungspraxis durch. Und drittens werden wir demnächst daran gehen, die fachlichen

und methodischen Kompetenzen, die ein politischer Bildner mitbringen muss, genauer zu fassen. Das alles wird helfen, unsere Leistungen in einem DQR abzubilden. Naturgemäß fällt die Einordnung schwerer, da nicht alle Nachweise „verbriefte“ sind. Ich bin jedoch sicher, dass wir sehr verschiedene, dem jeweils unterschiedlichen Lernfeld angemessene Möglichkeiten der Validierung finden.

Welches Fazit ziehen Sie aus Sicht der Politischen Bildung?

Ich sehe die Beschäftigung mit dem DQR, das Bemühen hier anschlussfähig zu werden und möglicherweise am Ende des Prozesses zu einer Nachweiskultur zu kommen als Herausforderung und Chance für die Profession: Wir werden eine völlig neue Professionsdebatte in der Erwachsenenbildung erleben, die durchaus streitig sein dürfte.

bap-Newsletter

Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB): „Nicht politische durch wirtschaftspolitische Bildung zurückdrängen lassen!“

Bonn. In ihrem Jahresbericht für 2009 haben Dr. Alois Becker und Lothar Harles für den Vorstand und die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft (AKSB) Rechenschaft über die zurückliegende Verbandsaktivität abgelegt und zu einigen aktuellen Entwicklungen Stellung genommen. Sie betonen dabei, dass eine Neufassung der „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Bildung“ nicht notwendig sei; sie müsse aber im Hinblick auf ihre demokratietheoretische und sozialetische Grundlegung und die Globalisierung der Lebenswelten fortgeschrieben werden.

Der Bericht hebt hervor, dass die Profession sich besonders einem Problem stellen müsse: „Die Entwicklungen auf dem Finanzsektor machen eine dramatische Unkenntnis bei weiten Teilen der Bevölkerung in Bezug auf Wirtschaftsfragen deutlich. Der naheliegende Vorschlag lautet häufig, auf die politische Bildung zu Gunsten von wirtschaftspolitischer Bildung zu verzichten. Der bereits zu beobachtende Trend der Zurück-

drängung von politischer Bildung würde damit verstärkt. Das ist aber keine Lösung. Die politische Bildung hat auch im Themenbereich Wirtschaftspolitik Kompetenzen, die sie stärker vermitteln muss. Sie kann sachorientiert aufzeigen, wie Wirtschaft funktioniert und welche Bezüge zum Gemeinwohl und zu ethischen Grundlagen hergestellt werden müssen.“

Zum Themenbereich der Wirkungsforschung auf dem Felde der politischen Bildung teilt der AKSB-Vorstand mit: „Was das politische Verhalten (Wahlen, Engagementbereitschaft, ...) betrifft, gibt es zahlreiche Untersuchungen, die auch immer wieder in Diskussionen herangezogen werden. Im Hinblick auf die Wirkungen politischer Bildung fehlt es leider weitgehend an empirischen Daten und Forschungsergebnissen. Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat deshalb mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMBF) eine Studie in Auftrag gegeben. Diese soll vorhandene Untersuchungen daraufhin analysieren, ob Forschungsergebnisse über die Wirkung politischer Bildung enthalten sind.“

aksb-inform, Sondernummer 1 / November 2009

Schere im Kopf? Zur Rehabilitation von im 2. Weltkrieg verurteilten „Kriegsverrättern“

Bremen. Mehr als ein halbes Jahrhundert hat es gebraucht, bis die deutschen Deserteure und „Kriegsverräter“ des Zweiten Weltkriegs in Deutschland rehabilitiert wurden. Bevor dieser politische Beschluss im geschichtsträchtigen Jahr 2009 zustande kam, veranstaltete die Georg-Elser-Initiative-Bremen ein Begleitprogramm zur Ausstellung „Was damals Recht war...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ im Bremer Rathaus – ein aufwändiges Informations- und Bildungsprogramm, das an die verdrängte Vergangenheit erinnerte und zugleich die aktuelle Brisanz antimilitaristischer Kritik deutlich machte: Die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung kam nämlich wegen deren Bedenken gegenüber einzelnen Referenten nicht zu-

stande, die Initiative erhob den Vorwurf der Zensur und stellte den Vorgang auf einer gut besuchten Veranstaltung unter dem Titel „Die Schere im Kopf?“ Anfang September zur Diskussion. Die lebhafteste Debatte befasste sich nicht nur mit den örtlichen Eingriffen der Landeszentrale, sondern generell mit dem Zurückschrauben politischer Bildung, die von zivilgesellschaftlichen Initiativen kommt oder sich nicht in den Mainstream einfügt. Nähere Informationen finden sich im Netz unter www.geibev.de oder www.georg-elser-arbeitskreis.de. Die Georg-Elser-Initiative wurde 1998 in Bremen gegründet. Sie setzt sich dafür ein, dass dem Hitlerattentäter Elser in der Erinnerungskultur des deutschen Widerstands der gebührende Stellenwert eingeräumt wird.

Johannes Schillo

POLIS hat ein Schweizer Schwesterchen bekommen

Aarau. Bereits mit einer zweiten Ausgabe ist dieses Jahr eine neue Zeitschrift auf den Markt gekommen. Sie hat auch den schönen Titel „POLIS“ und nennt sich im Untertitel „Das Magazin für Politische Bildung“. Herausgegeben wird sie u.a. vom Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz. Im Impressum wird die Auflage mit 4000 Exemplaren angegeben; außerdem kann sie unter der Adresse www.politischebildung.ch aus dem Internet heruntergeladen werden.

Das Heft 2/2009 mit 26 Seiten Umfang im DIN A 4-Format ist farbig illustriert und dreispaltig gesetzt. Es steht unter dem Thema „Umgang mit vergangenem Unrecht“. In zehn kurzen Beiträgen werden in historischer und politischer Perspektive, mit internationaler Reichweite und unter Einschluss fachwissenschaftlicher und didaktischer Fragen Menschenrechtsverletzungen und ihre Aufarbeitung behandelt. –

Vielleicht kann man ja demnächst mal statt indirekt über das digitale Netz auch direkt miteinander in Kontakt kommen, ... hofft die Redaktion von POLIS aus dem Nachbarland.

vO